

Mietpreisbremse versagt: Wohnungskrise trifft Wiener Familien hart!

Mietpreisbremse in Wien: Grüne fordern günstigen Wohnraum für alle. Veranstaltung am 17.3.2025 im Rathaus, 10:30 Uhr.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Die Mietpreisbremse der Bundesregierung verspricht Entlastung, bleibt jedoch hinter den Erwartungen zurück. Laut der Grünen Wien betrifft dieses Problem vor allem die teuersten Mieten in Wien, wo viele Menschen weiterhin hohe Kosten für ihr Zuhause tragen müssen. Am Montag, den 17. März 2025, wird die Spitzenkandidatin Judith Pühringer, zusammen mit der Sprecherin für Wohnen, Nina Tomaselli, in einer Pressekonferenz auf die unzureichende Wirkung der Mietpreisbremse hinweisen, die nicht die erhoffte Senkung der Mieten erreicht hat. Diese Situation sorgt für große Besorgnis und erfordert sofortige Maßnahmen der neuen Bundesregierung, um den Mietern zu helfen, da die Lebenshaltungskosten weiterhin Hochkonjunktur haben. Bereits jetzt müssen viele Wiener:innen einen Großteil ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden, was die finanzielle Belastung erhöht, wie die Berichterstattung von **apa.at** verdeutlicht.

Wohnen als Grundrecht

Das Problem geht über Wien hinaus und betrifft ganz Deutschland. Laut den Grünen sollte Wohnen ein unveräußerliches Grundrecht sein. Immer mehr Menschen finden keine bezahlbare Wohnung – eine alarmierende

Entwicklung, die nicht nur die Großstädte, sondern auch ländliche Regionen trifft. Insbesondere Familien, Alleinerziehende und Senior:innen sind von den hohen Mieten betroffen. Die Forderung nach einer Verschärfung der Mietpreisbremse und einem verbesserten Kündigungsschutz für Mieter:innen wird immer lauter. Zudem sollen leerstehende Gebäude für neuen Wohnraum umgenutzt werden, was sowohl umweltfreundlicher als auch kostengünstiger wäre, so die Initiativen der **gruenebundestag.de**.

Die anhaltend steigenden Mieten zwingen viele dazu, einen erheblichen Teil ihres Einkommens für das Wohnen auszugeben, was gravierende Auswirkungen auf ihre Lebensqualität hat. Deshalb ist es unerlässlich, dass das Recht auf ein sicheres und bezahlbares Zuhause in das Grundgesetz aufgenommen wird, um eine gerechte Lösung für alle Betroffenen zu gewährleisten. Der soziale Zusammenhalt wird gefährdet, wenn Menschen Angst vor Mieterhöhungen und Kündigungen haben, und das Bedürfnis nach einem stabilen und sicheren Lebensumfeld immer dringlicher wird.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.gruene-bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at